

# Die Ukraine bleibt als Ruine zurück

Washington: „Vorteil Selenskyj“, FR-Meinung vom 22. Dezember

## Krieg ist immer das Ende von Politik

Heute ist der kürzeste Jahrestag mit Tageslicht. Ungute Zeit für Hoffnungsblicke. „Wirklich“, so Brecht in seinem Gedicht für die Nachgeborenen, „wir leben in finsternen Zeiten. Das arglose Wort ist töricht. Der Lachende hat die furchtbare Nachricht nur noch nicht empfangen.“ Gilt leider auch für die doch ziemlich blauäugige Mitteilung in meinem letzten Leserbrief, „Biden und Macron haben sich auf den Weg gemacht“. Ich meinte den Weg der Beendigung des Kriegs in der Ukraine durch Verhandlungen auf der Grundlage der Abkommen von Minsk. Was da noch nicht bekannt war, dass Frau Merkel als deutsche Garantin wohl selbst diese Verträge wenig ernst genommen hat, sondern -ähnlich wie der Nichtangriffspakt zwischen Stalin und Hitler nur Zeit gewinnen wollte für weitere Aufrüstung der Ukraine.

Jetzt, da Biden entgegen den Aussagen Macrons diesen Weg doch nicht zu beschreiten beabsichtigt, jedenfalls, wenn man seine konfrontative Rhetorik zu Russlands völkerrechtswidrigem Krieg ernst nimmt, sind die Weichen eher auf Zerstörung der industriellen Basis des Gegners gestellt und auf Schwächung des russischen Alliierten Chinas mit dem Ziel der alleinigen Hegemonie über die Weltwirtschaft. Solch Ambition kann nur mit hohen Kosten und gewaltigen Schäden für alle enden.

Wir alle, besonders aber die schwerer betroffenen, ärmeren Schichten der Gesellschaft und die arm gemachten Nationen in der Welt sehen schon heute, welchen Preis sie zahlen müssen für Hochrüstung einerseits und Sozialabbau andererseits. Alles dekoriert mit den sogenannten westlichen Werten der Demokratie und Freiheit gegen Autokratie und Diktatur.

Im Unterschied zu den ersten beiden Weltkriegen wird es

nach allen Einschätzungen des Militärs keinen Sieger geben, ganz gleich, ob ihn einer „gewinnt“ oder wer. Jedes militärische Auskämpfen des Konfliktes – beide Seiten wissen, dass sie ihn unterhalb der Schwelle eines Atomkriegs halten müssen – hat barbarische Auswirkungen, an deren Ende bleibt die Ukraine als stellvertretendes Gefechtsfeld des wieder aufgeflamten Ost-West-Konflikts und als Ruine und Opferstätte vieler tausend Tote zurück.

Der Krieg ist nicht das andere Mittel der Politik, sondern das Ende der Politik. Was die Anteile Putins ausmacht an der beschleunigten Zerstörung einer friedlicheren Weltordnung, muss hier nicht weiter durchdekliniert werden. Lesbar in fast allen westlichen Medien. Halte mich an -volkstümlich gesagte Spruchweisheit ‚kehre vor der eigenen Tür‘. Es bleibt bei der wenig trostreichen Feststellung Brechts vor bald hundert Jahren: Wirklich, wir leben in finsternen Zeiten!

Jörg Sternberg, Hanau

## Himmelfahrtskommando in einer zerbrechlichen Welt

Pazifismus ist in einer Welt mit über 400 Atomreaktoren, von denen 15 in der Ukraine stehen, ein Überlebensrezept. Für technische Geräte, die zur Atombombe entarten können, wenn sie nicht garantiert ununterbrochen mit Kühlwasser versorgt werden können, ist Krieg ein Risiko, das niemand eingehen darf. Dieses Friedensgebot stellt auch die Hochrüstung infrage, da sie eine Vorbereitung eines niemals zu verantwortendes Himmelfahrtskommando in unserer zerbrechlichen Welt ist.

Bernhard Trautvetter, Essen

## Russland kann nicht unterworfen werden

Die mit dem Ukrainekrieg verbundenen Probleme sind schon Thema vieler Leserbriefe gewesen, in den letzten Wochen zu-

nehmend mit dem Focus auf den so notwendigen Frieden und Verhandlungen darüber. Leser Jörg Sternberg hat es am 20.12. nochmals auf den Punkt gebracht: „Es kann nur den Verhandlungsweg geben“. Die zahlreichen Vorschläge dazu – auch ich habe schon vor Monaten einen bisher unbeantworteten an Frau Baerbock geschickt – lässt unsere Regierung ins Leere laufen mit dem Argument, Putin wolle doch gar nicht verhandeln.

Leser Sternbergs Beitrag stützt das nicht. Und es gab ja bereits Verhandlungen, über die wir Bürger bis auf deren angebliche Ergebnislosigkeit nichts erfahren haben. Angeblich soll es derzeit sogar geheime Verhandlungen direkt zwischen USA und Russland geben. Die EU und insbesondere unsere Regierung setzen aber offenbar nur auf immer neue Waffen und einen Zermürbungskrieg. Denkt man dort wirklich, Russland letztlich zu einem Unterwerfungsfrieden zwingen zu können, auch wenn bis dahin noch tausende von Soldaten und Zivilisten sterben müssen. Oder haben hier schon Rüstungs- und Wiederaufbaulobby ihre Hände im Spiel? Wo bleiben übrigens Initiativen der Gesamt-EU, die beim Verhandlungspartner Putin ein ganz anderes Gewicht hätte als gut gemeinte Telefonate einzelner Staatslenker?

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

## Ein kleines Land gegen einen großen Aggressor

Die kumpelhafte Geste, mit der Biden seinen Arm auf Selenskyjs Schulter legt, möchte ich zweifach interpretieren. Zum einen: Wir beschützen dich und dein kleines Land gegen einen großen, bösen Aggressor. Oder vielleicht doch: Mach weiter, Junge. Wir geben dir noch mehr Waffen und Milliarden, damit du weiter Krieg führen kannst, um unseren Feind Russland noch mehr zu schwächen?

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

# Gefährlich für den Frieden in unserem Land

Zu: „Besser Bahnchef als Kanzler“ und „Zahlen offenlegen“, FR-Politik und -Meinung vom 22. Dezember

Bericht und Kommentar von Steven Geyer erzeugen bei mir Erinnerungen an finanzielle Schiefstellungen in der Politik. Nach der letzten Bundestagswahl wurde kolportiert, dass das aufgeblähte Parlament den Steuerzahler rund eine Milliarde Euro mehr kostet als bei Normalgröße zurückgeführt. Allein der drohende Machtverlust verhindert, dass die leidigen Überhang- und Ausgleichsmandate abgeschafft werden.

Ein Verkehrsminister Scheuer (CSU) finanziert Infrastrukturprojekte in Bayern, die im Vergleich zu den in anderen Ländern in der Geschwindigkeit der Genehmigungsverfahren und in ihrer Höhe auffallen, verursacht zudem noch einen Steuerschaden von rund einer hal-

ben Milliarde Euro durch einen voreilig abgeschlossenen Vertrag mit dem Lkw-Mautbetreiber. Scheuer bleibt Minister und behält seine Pensionsberechtigung.

Geyers Artikel verursacht auch Assoziationen darüber, wie das vorhandene Geld in unserem Land verteilt ist (mit Absicht sage ich nicht „Vermögen“). Die Tafeln haben ihre Kapazitätsgrenzen überschritten, der Anteil von unter die Armutsgrenze fallenden Menschen wächst stetig. Dazu kommt eine spürbar gestiegene Unzufriedenheit mit der Politik. Allein diese drei Kriterien, ergänzt mit der temporär hohen Teuerungsrate, bergen eine gefährliche Gemengelage für den Frieden im Land. Die sich in der Vorweihnachtszeit massiv häufenden Spendenaufrufe per

Post und im Fernsehen oder Weihnachtsgansessen für Obdachlose sind als punktuelle Maßnahmen wertzuschätzen. Kein einziges Ungleichgewicht wird dadurch beendet.

Der Satz „Es ist genug da, es ist nur falsch verteilt“, ist mittlerweile so abgedroschen, weil sich seit gefühlten Ewigkeiten nichts geändert hat. Wer viel Geld verdient, soll es bekommen. Wer allerdings zu viel Geld bekommt, steht m.E. nicht in der Mitte der Gesellschaft. Wer seinen Geldreichtum, in welcher Weise auch immer, mit der Gesellschaft teilt, übernimmt die richtige Verantwortung. Hierbei möchte ich nicht diejenigen verprellen, die das bereits tun und meist wenig darüber reden.

Horst Weitzel, Frankfurt



## BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20221228](http://frblog.de/f20221228)

## FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht über die USA, das gespaltene Land, mit dem US-Pfarrer Jeffrey Myers und der Autorin Ulrike Keding. Eintritt frei.  
**Montag, 9. Januar, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt**

# Seit Wochen wird gehetzt

„Letzte Generation“: „Blockieren will gelernt sein“, FR-Tagesthema v. 17.12.

Mit einer Razzia in sieben Bundesländern sind Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Klimaschutzdemonstranten der Gruppe „Letzte Generation“ vorgegangen. Seit Wochen hetzt die Springerpresse und andere Leitmedien gegen die Klima-Aktivisten. Politiker vor allem des rechten Spektrums – allen voran die CSU – verlangen schärfere Gesetze und harte Maßnahmen gegen die Demonstranten. Viele halten das für übertrieben.

Man kann über die Mittelstreifen, wie man auf ein Thema aufmerksam macht oder die Politiker zum Handeln bewegt, aber kriminelle Absichten haben die Aktivisten sicher nicht, geschweige denn, dass sie einen terroristischen Hintergrund haben, wie oftmals unterstellt wird. Was sie eint ist die Kritik an einem Staat, der sich von Geld- und Machtinteressen steuern lässt und der auf seine heutige Bevölkerung ebenso wenig Rücksicht nimmt wie auf künftige Generationen. Das ist der eigentliche Vorwurf an die ungeliebten Demonstranten. Mit der Kriminalisierung hofft man, sie am schnellsten zum Schweigen zu bringen. Conrad Fink, Freiberg a. N.

# Viele Fragen bleiben offen

Friedensfragen: „Welche Bedeutung hat Pazifismus ...?“, FR-Politik v. 22.12.

Bischof Kohlgraf bringt es doch tatsächlich fertig, angesichts des brutalen Angriffskrieges von Russland gegen die Ukraine, der die Dimensionen eines Vernichtungskrieges annimmt, kein konkretes Wort über diesen Krieg, über diesen für Europa in diesen Zeiten außergewöhnlichen Friedensbruch, zu verlieren. So bleibt dieser Beitrag ein zielloses vor sich Hingeschwebel, das im Prinzip völlig offen lässt, wie er und sein Pax Christi zu diesem Krieg stehen, wer hier den Frieden gestört hat und wer die Opfer und wer die Täter sind. Er beantwortet auch die Frage nicht, ob sich ein Staat, eine Gesellschaft gegen einen solchen brutalen Aggressor verteidigen darf. Das kann er wohl auch als Vorsitzender von Pax Christi nicht so einfach öffentlich tun, weil in seinem Vorstand Personen sitzen, die in Anlehnung an Albrecht Müller oder Frau Krone-Schmalz den russischen Angriffskrieg rechtfertigen. Heinrich Hörtdörfer, Heidelberg

## SORRY

In unserem Artikel „Ausspioniert“ (24.12., S.6) haben wir Marco Buschmann (FDP) zum Bundesinnenminister gemacht. Dieser Posten ist allerdings durch Nancy Faeser besetzt. Buschmann ist Justizminister.